

# EU-Nachrichten 16 2017

## KURZ & KNAPP

### Unzulässige Steuervorteile 3

Amazon soll 250 Mio. Euro zurückzahlen

## IM FOKUS

### Öffentliche Aufträge 4

Das Geld der Steuerzahler bestmöglich verwenden

### Konferenz „Unser Ozean“ 6

Über 6 Mrd. Euro zum Schutz der Weltmeere zugesagt

## BATTERIEPRODUKTION

### EU will Aufbau neuer Schlüsselindustrie fördern

Die Weiterentwicklung und Produktion von Batterien ist nach Meinung vieler Unternehmen und Politiker in der EU entscheidend für den Aufbau einer umweltfreundlichen Energieversorgung, für Elektromobilität und die Digitalisierung der Industrie. „Batterien sind das Herz der gerade ablaufenden industriellen Revolution“, sagte der für die Energieunion zuständige EU-Kommissionsvizepräsident Maroš Šefčovič nach einem Gipfeltreffen mit Vertretern aus Industrie und Mitgliedstaaten. Es wurde vereinbart, bis zum Februar einen Fahrplan für eine „EU-Batterie-Allianz“ auszuarbeiten.

Ziel ist es, die in der EU bestehende Lücke in der Wertschöpfungskette bei der Batterieproduktion zu schließen, etwa durch Anschubfinanzierung. Laut Šefčovič erwartet die Industrie eine Nachfrage nach „Millionen von Batterien“. Der Markt könne bis 2025 einen Wert von 25 Mrd. Euro pro Jahr erreichen.

Statement von Maroš Šefčovič



Immer im Kreis: Karussellbetrug heißt eine Methode zum Hinterziehen von Mehrwertsteuer. Dadurch gehen den EU-Staaten schätzungsweise 50 Mrd. Euro pro Jahr verloren.

## KARUSSELLBETRUG VERHINDERN

### Mehrwertsteuerreform soll Milliarden bringen

Die EU soll zu einem einheitlichen Mehrwertsteuerraum werden. Mit einem weitreichenden Vorschlag für eine grundlegende Reform will die EU-Kommission dazu beitragen, dass bei der grenzüberschreitenden Verrechnung nicht länger über 150 Mrd. Euro pro Jahr verloren gehen – davon rund 50 Mrd. Euro durch Betrug. Diese Einnahmen werden für Schulen, Straßen oder Gesundheitsversorgung dringend benötigt.

> Das auf Landesgrenzen basierende bestehende System von 1993 sei nicht mehr zeitgemäß und gehöre abgeschafft, sagte der für Steuern zuständige EU-Kommissar Pierre Moscovici. „Fünfundzwanzig Jahre nach der Schaffung des Binnenmarkts sehen sich Unternehmen und Bürger, die grenzübergreifenden Geschäften nachgehen möchten, noch immer 28 unterschiedlichen Mehrwertsteuersystemen gegenüber. Kriminelle und potenzielle Terroristen haben die sich dadurch bietenden Schlupflöcher schon viel zu lange für ihre Zwecke und für MwSt.-Betrugsdelikte mit einem Gesamtvolumen von 50 Mrd. Euro jährlich missbraucht“, sagte Moscovici. Mit dem neuen System könnte

diese Summe um 80 Prozent oder 40 Mrd. Euro gesenkt werden, stellte er in Aussicht.

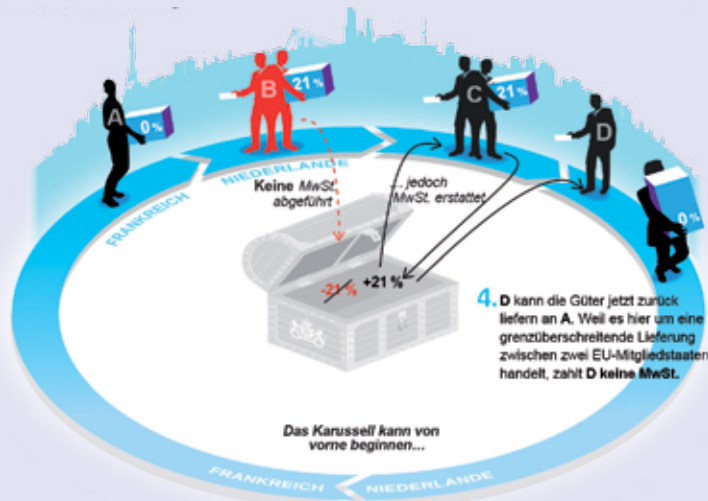
Spätestens ab 2022 solle der Verkauf von Waren von einem Mitgliedstaat in einen anderen in gleicher Weise besteuert werden, wie der Verkauf im Inland. Bei der Steuererhebung soll künftig das Bestimmungslandprinzip gelten. Das heißt, dass der Steuerbetrag an den Mitgliedstaat des Endverbrauchers zu entrichten ist, entsprechend dem dort geltenden Steuersatz. Eingefordert werden soll die Steuer aber im Land des Verkäufers. Dieser muss die Summe dann an die Behörden im Bestimmungsland überweisen.

>>

## KARUSSELLGESCHÄFT

### So läuft der MwSt-Betrug per Karussellgeschäft

1. Unternehmen **A** liefert Güter an **B** z.B. in den Niederlanden. Da es sich um eine grenzüberschreitende Lieferung handelt, stellt **A** **keine MwSt.** in Rechnung.
2. **B** (oft eine Briefkastenfirma) verkauft die Güter an **C** und stellt 21 % MwSt. in Rechnung. Er erhält das Geld aber dem Finanzamt vor. Er begeht **Betrug**.
3. **C** hat 21 % MwSt. an **B** bezahlt, aber diese wird von der Steuerbehörde erstattet. **C** liefert die Güter an **D** und stellt ihm MwSt. in Rechnung.



Quelle: Wikimedia Commons

Original: Belastingdienst (Dutch Tax and Customs Administration)

„schnelle Lösungen“ vorgeschlagen, die schon kurzfristig eine Verbesserung bringen sollen.

### Zustimmung von der EU-Industrie

Vom europäischen Industriedachverband BusinessEurope und von deutschen Europaabgeordneten von CDU, Grünen und Linken wurden die Pläne der Kommission begrüßt. Neben der Eindämmung von Betrug und Steuerhinterziehung könne ein vereinfachtes MwSt.-System auch den Handel im EU-Binnenmarkt und das Wachstum ankurbeln, erklärte BusinessEurope. „Mehrwertsteuer muss dort erhoben werden, wo der Verbraucher ist, nicht wo der Händler ist“, sagte Burkhard Balz (CDU), steuerpolitischer Sprecher der Europäischen Volkspartei im EP. „Die alte Tante Mehrwertsteuer muss europäisch werden. Seit 1993 arbeiten die Mitgliedstaaten im Grunde mit demselben veralteten System, das im digitalen Zeitalter noch nicht angekommen ist“, sagte Sven Giegold (Grüne). Deutschland könnte etwa mit den rund 22 Mrd. Euro, die den Finanzämtern 2015 entgangen sind, „dringend notwendige nachhaltige Investitionen und langfristiges Wachstum finanzieren“, so Giegold.

Das Europaparlament gibt in der Steuerpolitik allerdings nur Stellungnahmen ab. Entschieden wird über die Reform des Mehrwertsteuersystems von den Mitgliedstaaten allein. Damit sie in Kraft tritt, müssen sie einstimmig zustimmen. Die Mehrwertsteuer ist in der EU eine bedeutende Quelle öffentlicher Einnahmen, die sich 2015 laut Kommission auf fast 1 Bio. Euro beliefen, was 7 Prozent des EU-BIP entspricht. Die Steuer stellt zudem eine Eigenmittelquelle des EU-Haushalts dar. (frh/ste) >

### Reform des EU-Mehrwertsteuersystems

#### Mangelnde Kooperation gerügt

Wenn es um grenzüberschreitende Mehrwertsteuerfragen geht, kooperieren deutsche Behörden nach Ansicht der EU-Kommission nicht ausreichend mit anderen Mitgliedstaaten. Deswegen leitete sie jetzt ein Vertragsverletzungsverfahren ein. Steuerpflichtige in Deutschland, die online eine MwSt.-Erstattung im EU-Ausland beantragen, könnten leer ausgehen, weil deutsche Behörden Fehlermeldungen nicht weiterverfolgten, lautet ein Vorwurf. Außerdem stellten die deutschen Behörden Entscheidungen zur Steuererstattung aus anderen Mitgliedstaaten nicht zu.

>> Dieses Verfahren wird bereits für den Online-Verkauf elektronischer Dienstleistungen wie Apps oder Computerprogramme angewendet und hat sich laut Moscovici bewährt.

### Deutschland entgehen gut 22 Mrd. Euro

Der Kommissar wies darauf hin, dass nicht alle Steuerbehörden für das vorgeschlagene neue Verfahren gewappnet seien. Nach dem vor kurzem veröffentlichten Bericht der Kommission zur Mehrwertsteuerlücke 2015 lässt die Steuererhebung in vielen Ländern zu wünschen übrig. Eine besonders große Lücke wies Rumänien auf, wo 37,2 Prozent weniger Mehrwertsteuer eingenommen wurde, als zu erwarten war. Es folgen die Slowakei (29,4 Prozent) und Griechenland (28,3). Aber auch Deutschland wies eine MwSt.-Lücke von 9,56 Prozent aus, was eine Einbuße von rund 22,4 Mrd. Euro bedeutet. Zu den weiteren Prinzipien im künftigen EU-MwSt.-Raum sollen zählen:

> Weniger Chancen für Betrüger. Bei Geschäften zwischen Unternehmen wird künftig immer Mehrwertsteuer fällig, auch im grenzüberschreitenden Handel. Bisher sind solche Geschäfte befreit. Es gibt skrupellose (Briefkasten-) Firmen, die steuerfrei bezogene Ware mit MwSt. weiterverkaufen, die Steuer

dann aber nicht abführen und irgendwann spurlos verschwinden. Ihre Kunden haben sogar noch Anspruch auf eine Steuererstattung durch das Finanzamt, wenn sie wiederum steuerfrei ins EU-Ausland weiterverkaufen. So wird die Staatskasse mehrfach geschädigt (zum so genannten Karussellbetrug siehe Grafik oben).

- > Zentrale Anlaufstelle. Grenzüberschreitend tätige Unternehmen können über ein Online-Portal in ihrer Sprache und nach heimischen Regeln Erklärungen abgeben und Zahlungen vornehmen. Mitgliedstaaten leiten sich dann die MwSt. gegenseitig weiter.

- > Einfachere Regeln. Grenzüberschreitende Rechnungen können nach heimischen Regeln gestellt werden. Listen grenzüberschreitender Transaktionen für das Finanzamt sind nicht mehr nötig.

Unternehmen, die viele grenzüberschreitende Geschäfte machen und dabei ihre Zuverlässigkeit bewiesen haben, können sich künftig einen Status als „zertifizierter Steuerpflichtiger“ bescheinigen lassen. Dann sollen sie in den Genuss einfacherer und zeitsparender Vorschriften kommen. Für die Zeit, bis die Mehrwertsteuerreform beschlossen ist, hat die Kommission zudem vier von den Mitgliedstaaten gewünschte

## VERGÜNSTIGUNGEN FÜR AMAZON UND APPLE

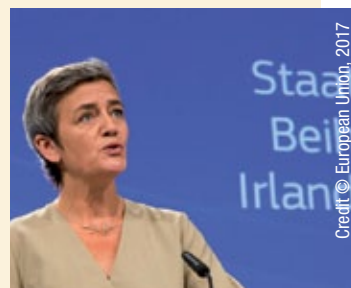
**EU-Kommission pocht auf Steuernachforderungen**

Die EU-Kommission hat Luxemburg aufgerufen, zu wenig gezahlte Steuern vom US-Internethändler Amazon einzufordern. Es geht um eine Summe von 250 Mio. Euro plus Zinsen, die der Kommission zufolge im Zeitraum von Mai 2006 bis Juni 2014 aufgelaufen ist. Parallel dazu wird Irland vor dem Europäischen Gerichtshof verklagt, weil die Regierung nicht der Entscheidung der Kommission nachgekommen ist, eine von ihr als unrechtmäßig eingestufte Steuervergünstigung für Apple in Höhe von 13 Mrd. Euro zurückzufordern. Dies hätte bis Anfang dieses Jahres erfolgen sollen. Die irische Regierung hat zwar den Beschluss der Kommission von August 2016 vor dem EuGH angefochten. Dieser Schritt befreie Irland aber nicht von der Pflicht, die illegale Beihilfe fristgemäß zurückzufordern, erklärte die Kommission.

Im Fall von Amazon wirft EU-Wettbewerbskommissarin Margrethe Vestager den luxemburgischen Finanzbehörden vor, ein Verfahren er-

laubt zu haben, mit dem drei Viertel der in Luxemburg zu versteuernden Gewinne auf eine Tochterfirma im Ausland übertragen wurden. „Mit anderen Worten zahlte Amazon nur ein Viertel der Steuern, die andere, lokale Unternehmen entrichten mussten, obwohl sie den gleichen nationalen Steuerregeln unterlagen“, sagte Vestager. „Die Mitgliedstaaten dürfen multinationalen Konzernen keine selektiven Steuervergünstigungen gewähren, die anderen Unternehmen nicht zur Verfügung stehen“, betonte sie. Die Kommission geht seit geraumer Zeit gegen solche Steuerschlupflöcher in der EU vor.

■ Unzulässige Steuervergünstigungen



Credit © European Union, 2017

## BETRIEBLICHE AUSBILDUNG

**EU-Kommission schlägt Qualitätsstandards vor**

Berufsausbildungen, bei denen praktische Teile in Unternehmen mit Lernen in der Berufsschule kombiniert werden, sind nach Ansicht der EU-Kommission ein Erfolgsmodell. „Zwei von drei Auszubildenden gelingt nach dem Ende ihrer Ausbildung der nahtlose Übergang in den Beruf“, sagte EU-Arbeits- und Sozialkommissarin Marianne Thyssen bei der Vorstellung von Empfehlungen für Ausbildungs-Qualitätsnormen. Damit sollen mehr junge Europäer motiviert werden, sich für eine betriebliche Ausbildung zu entscheiden. Laut Kommission gibt es in der EU derzeit etwa 3,7 Millionen Auszubildende.

In 24 der EU-Mitgliedstaaten existieren laut Thyssen Systeme der betrieblichen Berufsausbildung, die aber sehr unterschiedlich ausgestaltet seien. Besonders stark werde das Modell in Dänemark genutzt, auch Deutschland gehört zu den Ländern, wo es weit verbreitet ist, in Spanien dagegen sei es eher eine Randerscheinung. Die Kommission hat dem Ministerrat 14 Schlüsselkriterien für eine qualitativ hochwertige Berufsausbildung vorgeschlagen, darunter schriftliche Ausbildungsverträge, die klare Definition von Lernzielen, Bezahlung, Sozialschutz und Karriereberatung. Mindestens die Hälfte der Ausbildung soll am Arbeitsplatz im Betrieb absolviert werden.

■ Initiative für Berufsausbildungen

## UNFAIRE SUBVENTIONEN UND DUMPING

**Neue Regeln sollen EU-Unternehmen schützen**

Mit einer Überarbeitung ihrer über 20 Jahre alten handelspolitischen Schutzinstrumente will die EU ihre Wirtschaft gegen unlauteren Wettbewerb durch subventionierte Einfuhren aus Drittstaaten und Dumpingpreise schützen. Vertreter des Europäischen Parlaments, des Ministerrates und der EU-Kommission haben sich jetzt auf einen Gesetzestext verständigt. Danach werden bei der Verhängung von Antidumpingzöllen die Berechnungsmethode sowie die Vorgehensweise bei Antisubventionsuntersuchungen geändert. Auf diese Weise soll die EU besser auf Importe aus WTO-Ländern mit Marktverzerrungen reagieren können. Erstmals sollen in diesen Verfahren auch Umwelt- und Arbeitsstandards eine Rolle spielen.

Die Regeln sind länderneutral und entsprechen uneingeschränkt den WTO-Verpflichtungen der EU. Darüber hinaus werden die EU-Antisubventionsvorschriften gestärkt. „Europa steht für offenen und fairen Handel. Doch wie ich immer wieder gesagt habe: Wir sind keine naiven ‚Freihändler‘“, sagte EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker. „Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass wir mit unseren Rechtsvorschriften die Möglichkeit haben sicherzustellen, dass unsere Unternehmen unter denselben Wettbewerbsbedingungen agieren können“, so Juncker.

■ Neue Antidumping-Methodik

## EUROPÄISCHE STAATSANWALTSCHAFT

**20 EU-Staaten wollen Kampf gegen Betrug forcieren**

Eine Europäische Staatsanwaltschaft soll künftig gegen Straftaten vorgehen, die der EU-Kasse schaden. Das Europäische Parlament hat jetzt den Weg dafür freigemacht, dass 20 Mitgliedstaaten dieses Projekt angehen. Nicht beteiligt sind vorerst die Niederlande, Polen, Ungarn, Malta, Schweden, Dänemark, Irland und das Vereinigte Königreich. EU-Haushaltskommissar Günther Oettinger und Justizkommissarin Vera Jourová sprachen von einem „historischen Schritt“. Die neue Behörde „wird dazu beitragen, das Geld der Steuerzahler in der EU besser zu schützen und dafür sorgen, dass Straftäter vor Gericht gestellt und missbräuchlich verwendete Mittel viel schneller eingezogen werden“, erklärten sie.

Die Staatsanwaltschaft soll zwischen 2020 und 2021 ihre Arbeit aufnehmen. Die Zentrale wird in Luxemburg angesiedelt. Ein Europäischer Generalstaatsanwalt und jeweils ein Staatsanwalt aus den 20 teilnehmenden Ländern sollen die nationalen strafrechtlichen Ermittlungen leiten. Kümmern sollen sie sich um Betrugsdelikte mit einem Schadensvolumen von über 10.000 Euro sowie um Mehrwertsteuerbetrug mit einem Volumen von über 10 Mio. Euro. Das ist in einer im April verabschiedeten Richtlinie festgelegt, ebenso eine Definition für den Betrug zu Lasten des EU-Haushalts.

■ Parlamentsvotum für EU- Staatsanwaltschaft

## Das Geld der Steuerzahler bestmöglich verwenden



Im Rahmen öffentlicher Aufträge, wie etwa der Reinigung öffentlicher Gebäude, werden etwa 14 Prozent des EU-Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet.

Jedes Jahr werden in der EU öffentliche Aufträge im Gesamtwert von rund 2 Bio. Euro vergeben, etwa für den Betrieb von Bussen und Bahnen, die Reinigung von Schulen oder die Anschaffung neuer Kommunikationstechnik für Behörden. Das entspricht einem Anteil von 14 Prozent am Bruttoinlandsprodukt der Union. Der Nutzen des eingesetzten Geldes für Wirtschaft und Öffentlichkeit könnte nach Ansicht der EU-Kommission gesteigert werden, indem die Teilnahme an Ausschreibungen in anderen Mitgliedstaaten erleichtert und Investitionshindernisse beseitigt werden. Empfehlungen dafür, wie das gelingen könnte, hat sie den Mitgliedstaaten jetzt vorgelegt.

> „Wir ermutigen die Behörden dazu, die öffentliche Auftragsvergabe strategisch als Instrument einzusetzen, um für die eingesetzten Gelder der Steuerzahler bessere Erträge zu erhalten und um zu einer innovativeren, nachhaltigeren, inklusiveren und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft beizutragen“, sagte die für Binnenmarkt und Unternehmenspolitik zuständige EU-Kommissarin Elżbieta Bieńkowska. Beim Überdenken ihrer Strategien sollten sich die Mitgliedstaaten auf einige vorrangige Punkte konzentrieren:

- > Soziale oder „grüne“ Kriterien, die nach EU-Recht neben dem Preis bei der Auftragsvergabe eine Rolle spielen dürfen, sollen noch gezielter formuliert werden.
- > Einkäufer sollen durch Schulungen besser auf den Umgang mit komplexen Ausschreibungsregeln vorbereitet werden.
- > Auftraggeber sollen grenzüberschreitend mehr zusammenarbeiten.
- > Kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) soll die Teilnahme an Ausschreibungen erleichtert werden.
- > Unternehmen sollen bei der Bewerbung um öffentliche Aufträge in Drittstaaten unterstützt werden.
- > Die Vergabeverfahren sollen transparenter und zunehmend auf digitalem Weg abgewickelt werden.

Durch die Schaffung eines wirklichen Binnenmarktes für öffentliche Ausschreibungen könnten nach Ansicht der Kommission noch viel mehr

Unternehmen von den verfügbaren Geldern profitieren. Nach EU-Recht müssen öffentliche Aufträge ab einem bestimmten Wert EU-weit ausgeschrieben werden. Zwischen 2009 und 2015 seien aber nur rund ein Fünftel der Aufträge schließlich an Unternehmen aus anderen Mitgliedstaaten gegangen. Zieht man die Vergabe an Zweigniederlassungen im Auftragsland ab, so ergibt sich für die „echte“ Auftragsvergabe ins EU-Ausland sogar lediglich ein Wert von 3,5 Prozent. Gerade KMU ohne ein Netz von Auslandsfilialen gingen so häufig leer aus, meint die Kommission. Hier sollten Hürden abgebaut werden, etwa durch digitalisierte Verfahren.

### Nicht nur auf den Preis achten

Die Kommission ermutigt die Mitgliedstaaten auch, die im europäischen Recht geschaffenen Möglichkeiten gezielter zu nutzen, Aufträge nicht immer an den billigsten Anbieter zu vergeben, sondern bestimmte Sozial- und Umweltstandards, integrative und innovative Ansätze einzufordern. Wenn etwa beim Einkauf von Straßenlaternen ein bestimmter Energieeffizienzstandard gefordert werde, könnten die Hersteller eventuell so viele davon verkaufen, dass die Preise für sparsame Leuchten sinken, so die Kommission.

Weil Ausschreibungsregeln komplex sind, schlägt die Kommission den Staaten vor, sich über Möglichkeiten auszutauschen, wie die Auftraggeber am besten geschult werden, damit die Steuerzahler nach korrekten Vergabeverfahren die besten Waren und Dienstleistungen für

ihr Geld bekommen. Bei Projekten von großer nationaler Bedeutung oder einem Gesamtwert von über 500 Mio. Euro bietet sie an, den Vergabeplan im Vorhinein auf seine Vereinbarkeit mit EU-Recht zu prüfen. Die Bewertung soll in weniger als drei Monaten vorliegen. Das könne helfen, Verfahren zu beschleunigen und rechtliche Unsicherheiten von vornherein zu vermeiden. Für Projekte mit einem Wert zwischen 250 und 500 Mio. Euro will die EU-Kommission eine Beratungsstelle einrichten, an die sich nationale Behörden bei der Vorbereitung der Ausschreibungen wenden können.

Durch transparentere Verfahren und Vorschriften kann nach Ansicht der Kommission die Gefahr von Korruption und Betrug eingedämmt und verhindert werden, dass diskriminierende oder unzulässige Vergabekriterien aufgestellt werden. (frh) >

### Effiziente und professionelle Auftragsvergabe

#### Märkte außerhalb der EU öffnen

Um EU-Unternehmen mehr Chancen auf öffentliche Aufträge außerhalb der EU zu eröffnen, strebt die Kommission in Handelsabkommen Vereinbarungen über die gegenseitige Marktöffnung an. Wenn nötig, verhandelt sie auch über spezielle Abkommen zur öffentlichen Auftragsvergabe und ermutigt Drittstaaten, einem entsprechenden multilateralen Abkommen der Welthandelsorganisation WTO beizutreten.

## Kommission pocht auf Vollendung der Bankenunion

Eines der wichtigsten Instrumente, mit der die EU ihre Bürger vor möglichen neuen Finanzkrisen schützen will, ist die europäische Bankenunion. Die einheitliche Aufsicht für Großbanken und Abwicklungsregeln für Banken in Schieflage gibt es schon. Einige Bausteine der Bankenunion fehlen aber noch, wie eine letzte Absicherung des Abwicklungsfonds und eine EU-weite Absicherung der Bankguthaben von Kunden. Um ihre volle Wirkung zu entfalten, muss die Bankenunion nach Ansicht der EU-Kommission vollständig sein. Deshalb hat sie nun Vorschläge gemacht, wie die Arbeiten noch vor der nächsten Europawahl 2019 abgeschlossen werden könnten.



Bankkunden sollen überall in der EU sicher sein können, dass ihre Guthaben geschützt sind.

> „Wir wollen einen Bankensektor, der Krisen absorbiert und eine Risikoteilung im Privatsektor praktiziert, damit nicht immer zuerst der Steuerzahler zur Kasse gebeten wird“, sagte der für Finanzstabilität zuständige Vizepräsident der EU-Kommission Valdis Dombrovskis bei der Vorstellung der Vorschläge. Er wiederholte die Aussage von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker, dass die Bankenunion nur funktionieren kann, wenn „Hand in Hand“ daran gearbeitet wird, sowohl die Risiken zu verringern und das Risikomanagement zu verbessern, als auch Risiken EU-weit zu teilen. Diesen Weg will die Kommission konsequent weitergehen und damit Skeptiker überzeugen, etwa in Deutschland, die befürchten, dass Steuerzahler oder Bankkunden letztlich für risikoreiche Bankgeschäfte in anderen Mitgliedstaaten geradestehen müssen.

### Vertrauen in Bankensystem stärken

Solche Bedenken blockieren etwa die Beratungen über den im November 2015 von der EU-Kommission vorgeschlagenen schrittweisen Aufbau eines europäischen Einlagenversicherungssystems (EDIS). Die Kommission ist weiterhin der Meinung, dass ein solches langfristig nötig ist. Sie argumentiert, dass das gesamte Bankensystem nur wirklich stabil ist, wenn die Menschen in allen Mitgliedstaaten überzeugt sind, dass ihre Guthaben auch bei Krisen sicher sind, und nicht im Zweifelsfall ihre Konten leerräumen. Ein solcher „Bankenrun“ könnte dann auch Banken in Ländern wie Deutschland in Schwierigkeiten bringen.

EDIS soll allmählich aufgebaut werden. In einer Rückversicherungsphase soll es nur eine Liquiditätsdeckung für die nationalen Einlagenversicherungssysteme bereitstellen, damit sichergestellt wird, dass im Fall der Krise einer Bank die besicherten Einlagen überall ausgezahlt werden können. Diese Mittel müssten die nationalen Systeme vollständig zurückzahlen, und Verluste sollen auf nationaler Ebene getragen werden.

In einer zweiten Phase bis 2024 sollen auch eventuelle Verluste über EDIS gedeckt werden. Die Kommission schlägt nun vor, auf konkrete Daten zu verzichten und den Übergang in die zweite Phase von einer genauen Überprüfung abhängig zu machen, ob die Banken Fortschritte beim Abbau von Altrisiken und insbesondere fauler Kredite in ihren Bilanzen erzielt haben.

### Risiken weiter vermindern

Zur Verringerung der Risiken hat die Kommission bereits im November 2016 Vorschläge

#### Einlagensicherung

Per EU-Richtlinie ist vorgeschrieben, dass Sparer im Falle einer Bankenpleite für erstattungsfähige Einlagen von bis zu 100.000 Euro pro Anleger und Bank entschädigt werden müssen. Zu dieser gesetzlichen Einlagensicherung kommen in Deutschland noch freiwillige Sicherungssysteme etwa privater Banken und Volks- und Raiffeisenbanken. Die Sparkassen sichern sich über einen Haftungsverbund gegenseitig.

gemacht. Sie rief Mitgliedstaaten und Europäisches Parlament nun auf, rasch darüber zu beschließen. Zudem haben die EU-Finanzminister im Juli einen Aktionsplan zum Risikoabbau vereinbart. In dessen Rahmen kündigte die Kommission für das Frühjahr weitere konkrete Vorschläge an, darunter etwa:

- > Ein Modell für nationale Vermögensverwaltungsgesellschaften.
- > Den Ausbau der Sekundärmärkte für notleidende Kredite.
- > Mögliche Vorschriften für „aufsichtliche Rettungsschirme gegen die Unterausstattung neuer notleidender Kredite“.

Die Kosten für die Abwicklung von Banken sollen nach einer Beteiligung der Anleger letztlich vom Bankensektor getragen werden. Die EU will aber sicherstellen, dass der Abwicklungsfonds kurzfristig genug Geld hat, um die Abwicklung einer Großbank oder mehrerer Banken in kurzer Zeit zu stemmen. Dazu soll der Europäische Stabilitätsmechanismus (ESM) zum Schutz des Euro zu einem „Europäischen Währungsfonds“ umgebaut werden. Vorschläge dafür will die Kommission im Vorfeld des EU-Gipfels im Dezember machen, wo über die Vertiefung der Währungsunion diskutiert werden soll. Ebenfalls im Dezember soll es einen Vorschlag geben, große Wertpapierfirmen unter bestimmten Bedingungen als Kreditinstitute zu betrachten und der europäischen Bankenaufsicht zu unterstellen. (frh) >

■ *Bankenunion bis 2018 vollenden*

## Über 6 Mrd. Euro für den Schutz der Meere zugesagt



Das ökologische Gleichgewicht und die Artenvielfalt der Ozeane zu erhalten gehört für die EU-Kommission zu den wichtigsten Herausforderungen der Menschheit.

> Die Lebensgrundlagen von über drei Milliarden Menschen hängen direkt von gesunden Meeren ab. Doch eigentlich sind alle Menschen auf die Ozeane angewiesen: Als Lieferant von Wasser und Nahrungsmitteln, als wichtiges Element für saubere Luft und Klima. „Die Wälder sind die ‚grüne Lunge‘ der Erde, doch die Ozeane sind ihr ‚blaues Herz‘“, sagte Karmenu Vella, EU-Kommissar für Umwelt, Meerespolitik und Fischerei. „Es ist Aufgabe von uns allen, dieses Herz am Schlagen zu halten.“ Die Konferenz ist die vierte ihrer Art seit 2014. Für die EU ist sie ein Weg, ihre im November vorgelegte Strategie zur nachhaltigen Bewirtschaftung der Meere umzusetzen.

### Flut von Plastikmüll stoppen

Über 10 Mio. Tonnen Müll gelangen jedes Jahr schätzungsweise in die Ozeane. Bis 2050 könnte es dort mehr Plastik als Fische geben. In Malta kündigten große Konzerne wie Unilever, Procter&Gamble, Carrefour oder Marks&Spencer an, in den kommenden Jahren deutlich weniger Kunststoff zu verwenden. Die EU-Kommission arbeitet an einer neuen Stra-

### Ein Meer voller Möglichkeiten

Die globale Wertschöpfung durch die Meereswirtschaft wird auf 1,3 Bio. Euro geschätzt. Bis 2030 könnte sich das verdoppeln, so die Kommission. Es gebe noch viel unerschlossenes Potenzial etwa bei Aquakulturen, Erzeugung erneuerbarer Energie aus der Kraft von Wellen oder Strömung, durch „blaue“ Biotechnologie, Küstentourismus oder die Gewinnung von Mineralien.

ategie gegen Plastikmüll und will die Abfälle im Meer bis 2020 um 30 Prozent verringern. Als kleinen eigenen Beitrag will sie bis Jahresende alle Einweg-Plastikbecher in ihren Brüsseler Gebäuden abschaffen.

64 Prozent aller Meeressgewässer unterliegen laut EU-Kommission keiner nationalen Rechtsprechung. Die EU tritt deshalb für bessere Regeln für internationale Gewässer ein und unterstützt das UN-Ziel, bis 2020 weltweit 10 Prozent der Meere zu Schutzgebieten zu erklären. Derzeit sind es weniger als 5 Prozent und nur in etwa 1 Prozent sind Fischfang und andere Formen der Ausbeutung völlig untersagt.

In Malta kündigten die Teilnehmer an, weltweit neue Meeresschutzgebiete mit einer Gesamtfläche von über 2,5 Mio. Quadratkilometern einzurichten, das entspricht mehr als der Hälfte der EU. Deutschland führt eine Initiative mehrerer Partner, darunter die Naturschutzorganisation WWF, für mehr Meeresschutz in Südpazifik und Südatlantik an.

In der EU waren bis Ende 2016 über 3.000 Meeresschutzgebiete zu „Natura 2000“-Schutzgebieten erklärt worden, damit hat die EU das internationale 10-Prozent-Ziel etwa zur Hälfte erreicht. Nun soll es neue Fischfangbeschränkungen in sensiblen Gebieten der Adria geben. Deutschland ist in Europa bei der Ausweisung laut WWF führend, 47 Prozent der deutschen Meeresfläche stünden unter Schutz. Allerdings fehle es noch an konkreten Vorschriften, um diesen auch durchzusetzen, so der WWF.

Die Weltmeere zu schützen und sie für die folgenden Generationen zu erhalten, ist nach Ansicht der EU-Kommission eine der wichtigsten Herausforderungen der Menschheit. Als Beitrag dazu veranstaltete die Kommission die internationale Konferenz „Unser Ozean“ auf Malta. Bedingung für alle der über 700 Teilnehmer aus 112 Ländern war, dass sie konkrete Zusagen zum Schutz der Meere mitbringen. Am Ende der zwei Tage wurden über 400 Verpflichtungen von Regierungen, Unternehmen und Organisationen gezählt und Finanzierungszusagen von über 6 Mrd. Euro, davon 550 Mio. Euro aus dem EU-Haushalt.

Klimaschutz war ein weiteres wesentliches Thema der Konferenz. Die Ozeane hätten rund 30 Prozent des vom Menschen verursachten Treibhausgas CO<sub>2</sub> absorbiert, heißt es. Doch schädigt das durch Versauerung das Leben im Meer, etwa Korallen, und die Meeresspiegel steigen. Wärmer werdende Ozeane verändern außerdem das Klima, so können mehr und stärkere Wirbelstürme entstehen. In Malta kündigte der Industrieverband WindEurope an, bis 2019 knapp 25 Mrd. Euro in Offshore-Windparks zu investieren. „Für viele unserer Partner in Entwicklungsländern ist eine nachhaltige Meerespolitik eine Frage des Überlebens“, sagte der für Entwicklungspolitik zuständige EU-Kommissar Neven Mimica.

### Thema Sicherheit wird wichtiger

Nachhaltige Fischerei, etwa durch Bekämpfung illegaler Fänge, steht ebenfalls hoch auf der EU-Agenda. Weltweit tätige Versicherungen, darunter die Allianz, kündigten in Malta an, keine Schiffe mehr zu versichern, die in illegale Fischerei verwickelt waren. Etwa 90 Prozent des Welthandels laufen über das Meer, da bekommen Bedrohungen der Sicherheit durch zunehmende Unwetter, Piraten, bewaffnete Konflikte oder Schmuggel mehr Gewicht. Die EU sagte nun 37,5 Mio. Euro für mehr Sicherheit vor Ostafrika und im Indischen Ozean zu. Damit sollen Küstenbewohnern auch Alternativen zur Piraterie eröffnet werden. (frh) >

■ *Bessere Bewirtschaftung der Weltmeere*

DATUM	THEMA	ORT	KONTAKT
> 16.10.2017 18.00 Uhr	„Welche Zukunft für die Europäische Union wollen wir?“ Bürgerdialog <b>Veranstalter:</b> Europäische Kommission, Stadt Wittstock/Dosse	Heilig-Geist-Kirche Heiligegeiststraße 1 <b>16909 Wittstock/Dosse</b>	www.eu-infozentrum-berlin.de/veranstaltungen/aktuelle-projekte/buergerdialoge-in-brandenburg
> 18.10.2017 12.00–13.30 Uhr	„Europa sozial und solidarisch weiterentwickeln“ Mittagsgespräch <b>Veranstalter:</b> Institut für Europäische Politik e.V.	Europäisches Haus Unter den Linden 78 <b>10117 Berlin</b>	http://iep-berlin.de/blog/forum/mig-spinrath/
> 19.–20.10.2017 10.00 Uhr	„Der lange Schatten des Kommunismus. 100 Jahre Oktoberrevolution und das kommunistische Erbe Europas“ Konferenz <b>Veranstalter:</b> Deutsche Gesellschaft e.V.	Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt beim Bund Luisenstraße 18 <b>10117 Berlin</b>	http://deutsche-gesellschaft-ev.de/veranstaltungen/konferenzen-tagungen/515-2017-konferenz-der-lange-schatten.html
> 19.10.2017 18.00 Uhr	„Welche Zukunft für die Europäische Union wollen wir?“ Bürgerdialog <b>Veranstalter:</b> Europäische Kommission, Stadt Rathenow	Kulturzentrum Rathenow Märkischer Platz 3 <b>14712 Rathenow</b>	www.eu-infozentrum-berlin.de/veranstaltungen/aktuelle-projekte/buergerdialoge-in-brandenburg
> 24.10.2017 14.00–17.00 Uhr	„EU-Förderung für Kommunen, Zivilgesellschaft und Hochschulen“ Vortrag <b>Veranstalter:</b> Kontaktstelle „Europa für Bürgerinnen und Bürger“	Kontaktstelle „Europa für Bürgerinnen und Bürger“ Weberstraße 61 <b>53113 Bonn</b>	http://kontaktstelle-efbb.de/infos-service/veranstaltungen/
> 26.10.2017 18.00 Uhr	„Europa und die aktuellen Herausforderungen – wie geht es weiter?“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Europäische Akademie Schleswig-Holstein	Akademie Sankelmark Akademie-Weg 6 <b>24988 Oeversee</b>	www.europatermine.de/termine/datum/2017/oktober/26/termin/einzel/europa_und_die_aktuellen_herausforderungen_wie_geht_es_weiter.html
> 26.10.2017 15.00–17.00 Uhr	„Auf in neue Märkte – die Roadshow. Der Einstieg ins Exportgeschäft für Unternehmer“ Informationsveranstaltung <b>Veranstalter:</b> Industrie- und Handelskammer Cottbus	IBAR Systemtechnik GmbH Ewald-Haase-Straße 18 <b>03044 Cottbus</b>	www.cottbus.ihk.de/System/vst/374426?id=249709&terminId=410031
> 07.11.2017 18.00–19.30 Uhr	„Ein europäischer Islam – geht das überhaupt?“ Vortrag und Diskussion <b>Veranstalter:</b> Europe Direct-Informationszentrum Köln	FORUM Volkshochschule Cäcilienstraße 29-33 <b>50667 Köln</b>	www.ize-koeln.de/de/component/jem/event/282-ein-europaeischer-islam-geht-das-ueberhaupt.html
> 08.11.2017 18.00–21.00 Uhr	„Das deutsche Gesundheitswesen im internationalen Vergleich“ Podiumsdiskussion <b>Veranstalter:</b> Politisches Bildungsforum Sachsen-Anhalt der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.	Hallesches Salinemuseum Mansfelder Straße 52 <b>06108 Halle (Saale)</b>	www.kas.de/sachsen-anhalt/de/events/73857/
> 09.11.2017 18.00–19.30 Uhr	„Einheitliches Patent in der Europäischen Union – Chance oder Risiko?“ Vortrag und Diskussion <b>Veranstalter:</b> Europe Direct-Informationszentrum Köln	VHS Studienhaus am Neumarkt Cäcilienstraße 29-33 <b>50667 Köln</b>	www.ize-koeln.de/de/component/jem/event/283-einheitliches-patent-in-der-europaeischen-union-chance-oder-risiko.html

> Alle Termine zum Nachlesen und Anklicken finden Sie auch noch einmal hier: [https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter\\_de](https://ec.europa.eu/germany/news/eu-newsletter_de)

IMPRESSUM

© Europäische Union, 2017

**Herausgeber:**  
Europäische Kommission – Vertretung in Deutschland:

Leitung: Richard Kühnel  
Unter den Linden 78 • 10117 Berlin • Tel: 030-22 80 20 00 • Fax: 030-22 80 22 22  
E-Mail: eu-de-kommission@ec.europa.eu • Internet: www.eu-kommission.de

**Regionalvertretung in Bonn:**  
Bertha-von-Suttner-Platz 2-4 • 53111 Bonn • Tel: 0228-530 09-0 • Fax: 0228-530 09 50

**Regionalvertretung in München:**  
Bob-van-Benthem-Platz 1 • 80469 München • Tel: 089-24 24 48-0 • Fax: 089-24 24 48 15

**Redaktion & Grafik:**  
Reinhard Hönighaus, Gabriele Imhoff (EU-Kommission)  
Frank Hütten, Armin Kalbfleisch, Marion Gladzewski  
MBI Martin Brückner Infosource GmbH & Co. KG • Rudolfstraße 22-24  
• 60327 Frankfurt am Main • E-Mail: cp.contact@mbi-infosource.de

**Herstellung:**

Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH  
Klimaneutral gedruckt und mit FSC®-Zertifizierung als Nachweis der Holzherkunft aus guter Waldbewirtschaftung.



**Haftungsausschluss:**

Für die Inhalte der verlinkten Seiten sind die EU-Nachrichten nicht verantwortlich. Jegliche Haftung wird abgelehnt. Die EU-Nachrichten geben nicht in jedem Fall die Haltung der Kommission wieder und binden die Kommission in keiner Weise. Die Wiedergabe mit Quellenangaben ist vorbehaltlich anderslautender Bestimmungen gestattet.



Diskutieren Sie mit uns auf Facebook  und folgen Sie uns auf Twitter 

## EU-INNOVATIONSPREIS FÜR FRAUEN

**Unternehmerinnen können bis zu 100.000 Euro gewinnen**

Innovative Produkte und Dienstleistungen zu entwickeln ist eine Sache, sie erfolgreich auf den Markt zu bringen noch einmal eine andere. Um besonders Unternehmerinnen zu motivieren, sich dieser Herausforderung zu stellen, gibt es den EU-Innovationspreis für Frauen. Bewerbungen für dessen fünfte Ausschreibung können bis zum 15. November bei der EU-Kommission eingereicht werden. Der Preis „gibt herausragenden Unternehmerinnen öffentliche Anerkennung und inspiriert andere Frauen, ihrem Vorbild zu folgen“, sagte EU-Forschungskommissar Carlos Moedas.

Zu gewinnen sind 100.000 Euro für den ersten und 50.000 bzw 30.000 Euro für den zweiten und dritten Preis, sowie ein Sonderpreis von 20.000 Euro.

■ [EU-Preis für innovative Unternehmerinnen](#)

## NEUE EU-BERATUNGSSTELLE

**Kooperation über Grenzen hinweg soll gestärkt werden**

Grenzregionen in der EU sollen mehr aus ihrer geografischen Lage machen, indem sie stärker mit ihren Nachbarn zusammenarbeiten, etwa bei Ankurbelung der Wirtschaft oder Gesundheitsvorsorge. Ratschläge, wie das am besten gelingt, sollen Sachverständige der EU-Kommission geben. Eine neue Beratungseinrichtung mit dem Namen „Anlaufstelle Grenze“ wird im Januar die Arbeit aufnehmen. 150 Millionen Menschen leben in EU-Grenzgebieten. „Mehr als ein Viertel des Reichtums Europas kommt aus den Grenzregionen, und dabei wird deren Potenzial noch gar nicht voll ausgeschöpft“, sagte EU-Regionalkommissarin Corina Crețu.



Die Kommission stellt sich etwa eine Kooperation bei der Anerkennung von Qualifikationen und der Entwicklung gemeinsamer Studienprogramme vor. Dadurch soll das Pendeln ins Nachbarland zum Arbeiten oder Studieren erleichtert werden. Eine Kartierung von Gesundheitseinrichtungen in Grenzgebieten könnte deren Auslastung verbessern. Außerdem soll analysiert werden, wo im grenzüberschreitenden öffentlichen Verkehr Lücken sind.

■ [Expertenforum für Grenzregionen](#)

## GROSSE „COMEBACK-VERANSTALTUNG“ IN LEIPZIG

**Europäische Freiwillige diskutieren über Solidarität**

Junge Leute aus Deutschland, die im vergangenen Jahr von einem Einsatz mit dem Europäischen Freiwilligendienst (EFD) zurückgekommen sind, haben vom 10. bis 12. November in Leipzig die Chance, andere Teilnehmer zu treffen und ihre Eindrücke zu diskutieren. „Comeback 2017“ heißt die Veranstaltung für schätzungsweise 300 Rückkehrer. Die Kosten für Reise, Unterkunft und Verpflegung trägt „Jugend für Europa“, die nationale Agentur für das EU-Programm „Erasmus+ Jugend in Aktion“. Das Treffen soll Gelegenheit zum Feiern und Knüpfen von Kontakten sein, aber auch zum Vertiefen der Erfahrungen aus dem Freiwilligeneinsatz.

Dazu werden über 30 Workshops angeboten. Eine Zukunftsbörse eröffnet Perspektiven für weiteres zivilgesellschaftliches Engagement. Bei einer Straßenaktion können die Rückkehrer den Freiwilligendienst der Öffentlichkeit vorstellen. Und bei einer Podiumsdiskussion werden zwei Gruppen junger Leute mit Unterstützung von Politikern, Journalisten und Verbandsvertretern ihre Vorstellungen zum Thema „Ein solidarisches Europa“ austauschen. Anmeldungen sind über folgende Webseite möglich:

■ ["comeback" für ehemalige Freiwillige](#)

## DIE GLOBALISIERUNG MEISTERN

**Regionen können EU-Hilfen für Modernisierung beantragen**

Im härter werdenden globalen wirtschaftlichen Wettbewerb sind EU-Regionen gut beraten, sich „intelligent“ zu spezialisieren. Eine Strategie dafür hat die EU-Kommission im Juli vorgestellt. Nun ruft sie zu Bewerbungen für zwei Pilotprojekte auf, durch die einige Regionen bei der Modernisierung und dem Umbau ihrer Volkswirtschaften unterstützt werden sollen. Ein Projekt ist für Gebiete gedacht, die vom industriellen Wandel betroffen sind. Ausgewählte Regionen können sich für jeweils 200.000 Euro von Unternehmensberatern, Wissenschaftler oder technischen Experten bei ihren Spezialisierungsbemühungen beraten lassen und auch noch Hilfe von EU-Experten in Anspruch nehmen. Bis zu 300.000 Euro stehen außerdem für die zügige Umsetzung der Strategien bereit.

Beim zweiten Projekt sollen Partnerschaften von Regionen aus mindestens vier Mitgliedsstaaten geschmiedet werden, um bestehende Pläne in Bereichen wie Big Data, Ressourceneffizienz, vernetzte Mobilität, Gesundheit oder Cybersicherheit zu verwirklichen. Als Fördermittel stehen hier insgesamt eine Mio. Euro bereit. Bewerbungsfrist ist der 31. Oktober.

■ [Globalisierung in den Regionen](#)